

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 10,40.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Pettizeile oder deren Raum 5 M.,
für Versammlungsanzeigen 2 M. pro Zeile.

Die Geldentwertung und ihre Folgen.

(Nachdruck verboten.)

II. Die Ursachen der Geldentwertung.

Die Arbeiterklasse, die zum Selbstbewußtsein, zur politischen Demokratie, zur Mitwirkung in Staat und Wirtschaft emporgestiegen ist, darf die Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens nicht mehr wie ein fremdes dumpfes Schicksal, das zu meistern sie weder Recht noch Pflicht hat, über sich ergehen lassen. Berufen, wie Lassalle es feierlich ausdrückt, ihre Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen, ziemen ihr „nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinns der Unbedeutenden“. Sie hat die Pflicht, den Dingen, von denen sie abhängig ist, nachzugehen und die Ursachen der Erscheinungen zu erforschen.

So darf der Arbeiter heute nicht mehr einfach die Tatsache der alle Befürchtungen so ungeheuerlich übertreffenden Geldentwertung und damit alle wirtschaftlichen und sozialen Folge- und Nebenerscheinungen hinnehmen, sondern er muß sich über die Gründe und Folgen klar werden, um selbst die Mittel und Wege, die zu ihrer Bekämpfung angewendet werden, beurteilen zu können. Er ist ja nicht mehr „Gegenstand der Staatskunst“, mehr oder minder wohlmeinenden Regierungen ausgeliefert, sondern er ist es selbst, der durch seine Vertreter Legislative wie Exekutive in Händen hält, das heißt die Gesetze macht und die höchste ausführende Gewalt, die Minister, stellt.

Verfümt er es, den Gründen nachzuforschen, so ist er allzu leicht geneigt, wirtschaftliche Erscheinungen, die ihn so furchtbar treffen, wie die Geldentwertung, den gegenwärtig Verantwortlichen als Schuld anzurechnen und an deren gutem Willen zu zweifeln, statt die höheren Gewalten zu erkennen, die stärker als aller Wille unser Dasein beherrschen. Diese höheren Gewalten sind die Fehler vergangener Jahre, die sich nun furchtbar rächen: die Finanzpolitik während des Krieges, die politischen und militärischen Fehler der ehemals leitenden und verantwortlichen Personen, die mit innerer Notwendigkeit zu einem Zusammenbruch der Heimat und des Heeres führen mußten, und (als Folge jener gehäuften Sünden des alten Regimes) ein vom Unverstand der Sieger diktiert Friede, der mehr noch als die ehemaligen Träger der Verantwortung das gesamte arbeitende Volk traf. Den Zusammenhang dieser Erscheinungen mit der Geldentwertung gilt es nun aufzufinden — dabei wird sich zeigen, daß nicht die Vermehrung der Noten die Ursache der Geldentwertung darstellt, sondern tiefer liegende Vorgänge, die den Staat gezwungen haben, die Notenpresse in Bewegung zu setzen, um das Wirtschaftsleben in Gang zu erhalten, um nicht seine Zahlungen einstellen zu müssen und damit seinen Bankrott zu erklären.

Wie war es vor dem Kriege? In der Volkswirtschaft lief eine ganz bestimmte, begrenzte Geldmenge um, die notwendig und genügend groß war, um alle Käufe und Verkäufe, die sich in der Wirtschaft abspielten, zu bewerkstelligen. Dieses in der Wirtschaft umlaufende Geld bestand in den Zeiten vor dem Kriege hauptsächlich aus zwei verschiedenen Zahlungsmitteln: dem Geld und dem Kreditgeld in Form der Banknote.

Was das Gold betrifft, so ist zu sagen, daß es selbst produziert wird, einen bestimmten Eigenwert hat, und diesem bestimmten Wert des Goldes entspricht eine bestimmte Menge Ware. Bei wachsender Produktion und wachsendem Umsatz reicht das Geld in Metallform nicht mehr aus, um alle Zahlungen, die in der Wirtschaft notwendig sind, durchzuführen; man schafft Geldsurrogate, Geldersatzmittel, zum Beispiel Banknoten; das ist ein von Banken auf Grund eines staatlichen Verleihungsrechtes ausgegebenes Papiergeld. Die Aus-

gabe der Banknote erfolgt in normalen Zeiten zu einem Drittel auf Grund der Golddeckung, das heißt, die Bank behält das Gold in ihren Kellerräumen und gibt, um den Zahlungsverkehr zu erleichtern, eine dem Wert des Goldes entsprechende Menge von Banknoten aus. Die übrigen zwei Drittel der ausgegebenen Banknoten sind aber auch nicht ungedeckt, sie werden in normalen Zeiten von den hierzu privilegierten Banken, aber nur dann ausgegeben, wenn ihnen ein Warenwechsel vorgelegt wird. Welchen Sinn hat dies? Hilferding drückt das wie folgt aus: „Warenwechsel ist die Bescheinigung eines Produzenten, daß er seine Ware verkauft hat und in bestimmter Zeit dafür einen Gegenwert in Geld erhalten wird. Der Warenwechsel ist also eine Bescheinigung über wirklich stattgehabte Produktion von Ware, also Wert, und die Banknote, die gegen Warenwechsel ausgegeben wird, findet also auf dem Warenmarkt eine neue produzierte Ware,“ sie entspricht also einer Gütervermehrung in der Wirtschaft. Nur wenn sich die Produktion vergrößerte und vermehrte, konnte und durfte also in Friedenszeiten die Ausgabe von Banknoten vermehrt werden. Der vermehrten Produktion steht eine wachsende Menge von Geld gegenüber, die deshalb notwendig ist, damit die neue Ware in der Wirtschaft umgesetzt, das heißt gekauft werden kann. Zuerst müßte also die Produktion ausgebehrt werden, ehe mehr Geld in den Verkehr kommt. Das bewirkt, daß unter normalen Verhältnissen eine Veränderung der Preise nur dann erfolgt, wenn — wie das im ersten Artikel ausführlich geschildert wurde — sich die Erzeugungsbedingungen und Erzeugungskosten der Waren ändern. Der Geldwert selbst ist in diesen Zeiten — von kleinen Schwankungen abgesehen — beständig.

Mit Ausbruch des Krieges traten diese strengen Bestimmungen über Banknotenausgabe in allen kriegsführenden Staaten außer Kraft. Man suchte das umlaufende Gold in die Schatzkammern der Notenbanken zurückzuziehen und überließ den gesamten Gelddienst in der Wirtschaft den Banknoten. Sie wurden in Deutschland schon zu Beginn des Krieges mit Zwangskurs versehen; die Banknoten mußten auch weiterhin als Zahlungsmittel von der Wirtschaft angenommen werden, obwohl die Reichsbank nicht mehr verpflichtet war, sie jederzeit und jedermann gegen Gold einzutauschen. Diese Maßnahme hätte an und für sich keine Geldentwertung, das heißt keine Verminderung der Kaufkraft des Geldes, im Gefolge haben müssen, wenn nicht nunmehr ohne Vermehrung der Produktion weitere Banknotenausgabe erfolgt wäre. Der Bedarf des Staates im Kriege stieg ins Maßlose; um die Heere auszurüsten und in Bewegung zu setzen, brauchte er ungeheure Mittel. Im Frieden erwarb er sich die von ihm benötigten Mittel durch Steuern; sie bedeuten nichts anderes, als daß der Staat seinen Bürgern einen Teil ihres Einkommens abnimmt und es für seine Zahlungen wieder ausgibt, es also in den wirtschaftlichen Kreislauf zurückleitet. Nunmehr aber griff der Staat — in Deutschland, nicht in England — nicht zur Steuer, um den Kapitalisten ja nicht die Freude am Krieg zu verderben und die uferlose Kriegsbegeisterung zu trüben, sondern nahm statt dessen zur Notenpresse seine Zuflucht. Er druckte Noten, Papiergeld, das er als Entgelt für die Kriegslieferungen ausgab, an seine Beamten, an die zum Heeresdienst Eingezogenen auszahlte.

Dabei konsumierte er ständig unproduktiv, das heißt, er erzeugt und verbraucht Kanonen und Munition und all das unermessliche zur Kriegführung benötigte Material, das keinen volkswirtschaftlichen Wert darstellt. Milliardenwerte werden buchstäblich in die Luft verpulvert; der vorhandene Kapitalgütervorrat wird aufgezehrt, die Produktionsmittel werden abgenutzt und vielfach nicht erneuert, jeder einzelne und die Gesamtheit lebte vom

Reichtum und von der Produktion einer vergangenen Periode. Indes je mehr der Wert des Volkvermögens zusammenschmilzt und der Umlauf von volkswirtschaftlich sinnvollen Waren sich verringert, um so mehr Geldzeichen, um so mehr Papiergeldmassen werden in den Verkehr gepumpt. Der Staat schuf ununterbrochen Kaufkraft, der keine Waren entsprachen. Als Folge mußte naturgemäß eintreten, daß diese durch die Notenausgabe künstlich geschaffene Kaufkraft und Nachfrage, „daß die immer vermehrte Kaufkraft, die jedem einzelnen, der mit dem Staate zu tun hatte, aus der Staatskasse zufließt, daß diese künstlich geschaffene Nachfrage nach Waren die Preise ständig in die Höhe trieb“.

Aber da es nur wenig Waren gab und diese wenigen Waren künstlich niedrig gehalten wurden, konnten die Folgen der Finanzpolitik zunächst mehr oder minder verbunkelt bleiben. Da Deutschland vom Weltverkehr fast völlig abgeschnitten war, auf seine eigene Rohstoff- und Nahrungsmittelbasis sich beschränkte und von seinem Kapital an Produktionsmitteln und von den Gegenständen des täglichen Gebrauchs, wie Kleidung, Wohnung und ähnliches mehr, zehrte, ohne sie in derselben Qualität zu erneuern, zeigten sich die Wirkungen zunächst nur zum geringen Teil.

Als die Front zerbrochen war und Deutschland sich wieder, kaufend und verkaufend, in den Weltverkehr eingliedern mußte, da erst traten die Folgen des finanziellen Hazards des kaiserlichen Deutschland mit einem Schlage in Erscheinung. Die Finanzpolitiker des kaiserlichen Deutschland, insbesondere Helfferich, hatten gehofft, durch Kriegsschädigungen der Gegner und Annexionen das deutsche Volkvermögen so sehr zu vergrößern, daß die Volkswirtschaft die neuen in den Verkehr gepumpten Noten mühelos tragen würde. Deutschland bekam aber nicht nur keine Kriegsschädigungen, sondern verlor entscheidende Rohstoffländer und einen Teil seiner wertvollsten Uberschußgebiete, es verlor seine Kolonien mit dem darin investierten Kapital, seine Handelsflotte. Der in Deutschland umlaufenden vermehrten Geldmenge entsprach ein umrund 100 Milliarden vermindertes Volkvermögen. Dazu kam, daß die Ausgaben des Staates weiter ins Unendliche stiegen. Um schwere soziale Erschütterungen zu verhindern und um einen notdürftigen Wiederaufbau der Wirtschaft zu ermöglichen, sah sich der Staat gezwungen, Lebensmittelzuschüsse und Zuschüsse an seine eigenen Betriebe, wie Post, Telegraph und Bahn, zu zahlen; das bedeutete Notendruck zur Bezahlung der Lebensmittelzufuhren und zur Bezahlung der Löhne und Gehälter. Vermochte der Staat nicht einmal, die Mittel für seine dringenden Ausgaben aus Steuern einzuziehen, um wieviel weniger standen ihm die Goldwerte für die Zahlung der Wiedergutmachung, der Kriegsschädigung an die Alliierten, zur Verfügung. Die hierfür benötigten Goldwerte, also die Devisen in ausländischen Zahlungsmitteln, mußte er mangels eines Uberschusses der Einfuhr über die Ausfuhr auf den Börsen kaufen und sich auch hierfür die Mittel durch Notendruck schaffen. Aber auch sonst drückte die Passivität unserer Zahlungsbilanz, wie man den Uberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr zu nennen pflegt, entscheidend auf den Wert des Geldes. Die deutsche Wirtschaft benötigte mehr ausländische Zahlungsmittel, als ihr als Entgelt für deutsche Verkäufe ins Ausland zur Verfügung standen. Das verteuerte die Einfuhr, führte zu einer Senkung der Kaufkraft der Mark auf den ausländischen Plätzen, und zwar einer Senkung, die der Verminderung des Wertes im Inland nicht entsprach. Diese ständige weitere Entwertung, die von außen herbeigeführt wurde, bedeutete immer erneuten Zwang zur Notenausgabe, machte jeden Versuch, die Staatsausgaben und die Staatseinnahmen in Übereinstimmung zu bringen, immer wieder zunichte, da die vom Staat zur Bestreitung seiner Verpflichtungen, zur Bezahlung der

Löhne und Gehälter seiner Arbeiter und Angestellten benötigten Summen schneller wuchsen als seine Steuereinnahmen. Die Folge ist naturgemäß: Zwang zu neuer Betätigung der Notenpresse, als weitere Inflation, wie man diese Erscheinung nennt, weitere innere und äußere Verschlechterung der Kaufkraft der Mark, Verschlechterung des Marktkurses gegenüber den ausländischen Zahlungsmitteln, Verteuerung der Rohstoff- und Lebensmittelläufe im Ausland, Flucht aus der Mark, Erschütterung des Vertrauens zu einer Gesundung der deutschen Wirtschafts- und Währungsverhältnisse und weitere Unterwertung der Mark im Ausland.

Dieser verhängnisvolle Kreislauf, der sich mit fortschreitender Geldentwertung immer schneller vollzieht, kann nicht eher zur Ruhe kommen, als bis man uns durch Gewährung eines Aufschubes für die Goldzahlungen und einer Anleihe die Möglichkeit gibt, unsern Staatshaushalt in Ordnung, das heißt Einnahmen und Ausgaben in Übereinstimmung zu bringen, gleichzeitig die Tätigkeit der Notenpresse einzustellen und eine Befestigung des Wertes der Mark, wenn auch auf einem sehr niedrigen Punkt, herbeizuführen. Ist diese Stabilisierung vollzogen, so tritt eine Stabilisierung der Löhne und Gehälter, freilich erst nach Erkämpfung eines auskömmlichen Reallohnes, damit der Staatsausgaben auf der einen Seite, eine Stabilisierung der Einnahme aus den Steuern auf der andern Seite ein. Wenn dieser Zustand zunächst auch außerordentlich schwierige Verhältnisse schaffen und Deutschland in die Weltwirtschaftsfrise hineinreißen wird, so ist er doch unvermeidlich. Wir müssen durch diese „Hungertur“ hindurch im Interesse der deutschen und der europäischen Wirtschaft.

Wir sehen, wie die Erscheinungen, die die Lebenshaltung eines jeden unter uns betreffen, direkt in die großen Fragen der auswärtigen Politik einmünden. Wir waren und sind auch heute noch nicht Herren unseres eigenen Schicksals und müssen hoffend und bangend warten, bis die Logik der Tatsachen die Träger der Macht in Europa zur Vernunft gebracht hat. E. W.

Vorschläge der Gewerkschaften gegen die Steuerung.

Die Spitzenverbände der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen haben in den letzten Tagen wiederholt mit der Regierung über Mittel gegen die Steuerung verhandelt. Die von ihnen gemachten Vorschläge bewegen sich auf folgender Basis:

I. Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik.

1. Einschränkung der Einfuhr auf das geringstmögliche Maß, insbesondere Unterbindung der Einfuhr von Luxusartikeln durch Einfuhrverbot oder schärfere Anspannung der Einfuhrzölle. Als Luxusartikel wurden unter anderm genannt: Zigarren, Zigaretten, Tabak, Bier, Tee, Schokolade, Pelze und Seide.
2. Erhöhung der Ausfuhrabgaben. Bei längerer Dauer des gegenwärtigen Zustandes, Nachprüfung aller Tarifpositionen auf die Möglichkeit einer besonderen Heraushebung über die allgemeinen Tariffätze. Die Regierung hat bekanntlich bereits eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben im mäßigen Umfange vorgeschlagen. Die Gewerkschaften wünschen eine besondere Nachprüfung, um eine weitere Erhöhung der Ausfuhrabgaben für besonders tragfähige Positionen durchzuführen.
3. Kontrolle des Devisenhandels mit dem Ziele, daß nur derjenige ausländische Devisen erhält, der sie lediglich für den Handelsverkehr mit dem Ausland braucht. Verbot der Devisenspekulation und Beschlagnahme aller darin erzielten Umsätze.
4. Vorbereitung der notwendigen Maßnahmen zur Auflegung einer inneren Goldanleihe unter Heranziehung der Sachwerte zur Deckung einer solchen.
5. In Verbindung damit Vorbereitungen für eine Fixierung der deutschen Währung.
6. Nähere Eingiehung der Einkommensteuer. Die hier vorgebrachten Vorschläge der Gewerkschaften scheinen durch die letzten Regierungsmassnahmen bereits verwirklicht. Einer weiteren Anregung, die Umsatzsteuer nach dem Gesichtspunkte des allgemeinen Verbrauchs und des Luxusverbrauchs zu staffeln, stehen erhebliche technische Schwierigkeiten entgegen.
7. Um der Kreditnot zu steuern, unter der die Landwirtschaft und sogar die landwirtschaftlichen Großbetriebe leiden, regten die Gewerkschaften Kreditmaßnahmen an, nicht auf Kosten, aber doch unter Garantie der Reichsregierung, um der Landwirtschaft die nötigen Gelder zur Durchführung einer intensiven Wirtschaft im Kreditwege zur Verfügung zu stellen. Vielleicht könnten dazu der Kreditfonds der Landwirtschaftsstelle oder ähnliche Gelder Verwendung finden.

II. Innerpolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen.

1. Maßnahmen zur hinreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln. Schärfste Ueberwachung des Viehhandels und Fleischexports. Dabei wurde auch angeregt, endlich mit dem Brauch zu brechen, daß die Prohibition der Viehhändler nach dem Preis berechnet werden, wodurch die Viehhändler unmittelbar an der Preissteigerung interessiert werden.
2. Verbot der Herstellung von Feinbranntwein, eventuell Verbot der Verwendung von Kartoffeln, Getreide, Mais, Reis und sonstigen zur menschlichen Ernährung geeigneten Produkten zur Herstellung von Branntwein. Hierbei wurde auch ein vollständiges Alkoholverbot in Anregung gebracht.
3. Einschränkung der Bierbrauerei. Verbot der Herstellung von Bier mit mehr als 8% Stammwürze. Strenges Verbot der Verwendung von Zuckerrüben zur Bierbrauerei.

4. Wiedereinführung der öffentlichen Bewirtschaftung des Zuckers. Verbot der Verwendung von Zucker zur Herstellung von Konfitüren, Likören, Schnaps, Schaum- und Obstwein. Einschränkung des Zuckerverbrauchs bei der Herstellung von sonstigen Luxusartikeln und Backwaren. Begrenzung der Herstellung von Kunsthonig, Marmelade und Obstkonserven nach Menge und Zuckergehalt. Beibehaltung des Ausfuhrverbotes für Erzeugnisse dieser Art.
5. Verschärfung der Bestimmungen, die die Erfassung der Milch und der Milchprodukte lediglich für die Zwecke der Volksernährung sichern. Da die wahnsinnige Preissteigerung der Milch ständig auf den Butterpreis zurückgeführt wird, wurde auch ein gänzlich Verbot der Butterherstellung für den Handel zur Erwägung gegeben. Butter ist für die große Masse der Verbraucher sowieso ein unerschwinglicher Luxusartikel geworden und kann auch von den Bemittelten durch Margarine ersetzt werden. Die Ueberflüsse der Milch könnten dann zu einem Volksernährungsmittel wie Käse verarbeitet werden.
6. Stärkere Ausmahlung des Brotgetreides.
7. Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen. Bestrafung derjenigen Seefischereiernternehmungen, die mehr als einen noch festzusetzenden Teilbetrag ihres Fanges an ausländischen Märkten absetzen, gegebenenfalls durch Beschlagnahme der Fahrzeuge.
8. Maßnahmen gegen den unnötigen Aufwand in Gast- und Speisewirtschaften; insbesondere Wiedereinführung der Bestimmung, daß nur 2 Fleischgerichte zur Auswahl stehen und nur ein solches verabreicht werden darf. Erneute Anweisung an die Kommunalbehörden, den Luxusbergnügungsstätten, Dielen, Bars, Kabarets und gewisse Konzertsäle, in schärfter Weise bis zur Prohibition zu besteuern.
9. Durchgreifende Maßnahmen auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens, insbesondere nach der Richtung gemeinwirtschaftlicher Regelung der Baustoffwirtschaft.
10. Verschärfung der Strafbestimmung gegen den Wucher, insbesondere gegen die Zurückhaltung von Waren in gewinnjüchtiger Absicht. Angeregt wurde die Gewährung von Prämien oder Belohnungen für die Anzeige solcher Lager und die Heranziehung von Laienbeisitzern, Verbrauchern, zu den Wuchergerichten.
11. Für die Arbeitslosen, die Sozialrentner, die verarmten Kleinrentner, die rentenlosen Erwerbsunfähigen und Empfänger von Armenunterstützung sollen Reich, Länder und Gemeinden besondere Einrichtungen treffen. Gedacht ist etwa an Speise- und Wärmegastalten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die wegen Vergehens gegen den § 22 Absatz 3 der Satzungen auf Antrag der Zahlstelle Saarbrücken ausgeschlossenen Mitglieder Peter Feld (Verb.-Nr. 287 634) und Theodor Schäffer (67 251), veröffentlicht in Nummer 10 des „Zimmerer“, sind, nachdem sich die erhobene Beschuldigung als unhaltbar erwiesen hat, auf Antrag der Zahlstelle unter Aufhebung des Ausschlusses wieder in ihre alten Rechte eingesetzt worden.

Ausschluß von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen den § 22 Absatz 3 wurden in Bochum Friedrich Kraushaar (Verb.-Nr. 30 061), in Sankt Walter Blankenburg (179 621), in Talsgermünde Wilhelm Langnase (64 274) und in Silberstheim Wilhelm Weber (268 446) aus dem Verbande ausgeschlossen.

Unsere statistischen Feststellungen.

Zahlstellen, die die Karte für den 26. August noch nicht eingesandt haben, seien hierdurch daran erinnert.
Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Allenburg, Allenstein, Bartenstein, Deutsch-Eylau, Elbing, Friedland i. Ostpr., Gerbauen, Gerswalde, Goldap, Gumbinnen, Insterburg, Königsberg i. Pr., Löbau, Löben, Lyck, Marienburg, Marienwerder, Malbeuten, Mohrungen, Reidenburg, Nordenburg, Ortelsburg, Osterode, Palmnicken, Preussisch-Eylau, Rastenburg, Saalfeld, Sensburg, Schippenbeil, Stallupönen und Wehlau.

Gestrichelt wird in Kaiserlautern, Lüneburg und Stadtilm (Arnstadt).

Gesperrt ist in Voisenburg a. d. Elbe das Werk zur Verwertung von Heeresgut.

Aussperrung und Streik in Ostpreußen. Am 1. August fanden in Königsberg für die Provinz Lohnverhandlungen statt. Es wurde dabei ausgesprochen, daß das Lohnabkommen für den Monat August Geltung haben soll, wenn aber der Abschluß des Reichstarifvertrages so rechtzeitig erfolgt, daß bis 15. August ein Bezirkstarifvertrag abgeschlossen werden kann, ist erneut auf Grund des Reichs- und Bezirkstarifes zu verhandeln.

Am 2. August lag von allen am Reichstarifvertrage beteiligten Organisationen die Erklärung vor, daß er angenommen ist. Die Unterzeichnung durch die Vorsitzenden war zur gleichen Zeit eingeleitet. Unterm 3. August wurde bereits beim Reichsarbeitsminister der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Reichstarifvertrages gestellt. Diese Tatsache war schon bei der Verhandlung am 1. August in Königsberg bekannt. Zur Vorsicht hatte der Vorsitzende des ostpreussischen Arbeitgeberverbandes bei seiner Zentrale in Berlin angefragt und die Antwort erhalten: „Reichstarifvertrag allseitig an-

genommen.“ Es stand also nichts im Wege, um am 15. August in Lohn- und Tarifverhandlungen einzutreten.

Innerhalb der Unternehmerorganisationen war in der Zwischenzeit eine Veränderung eingetreten, der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hatte sich dem Arbeitgeberverbande für Handel, Gewerbe und Industrie angeschlossen und damit seine Selbständigkeit aufgegeben. Nicht mehr Käufer, ein alter Praktiker, sondern der Syndikus der neuen Organisation hatte die Führung; er war auch Wortführer.

Am 15. August fanden sich die Parteien zur Verhandlung zusammen. Der Syndikus erklärte gleich eingangs, die Unternehmer lehnen Verhandlungen ab, weil nach ihrer Meinung der Reichstarifvertrag noch nicht vollzogen sei; denn es soll eine Unterschrift fehlen. Es bestehe also die Möglichkeit nicht, in die Verhandlungen über einen Bezirkstarif einzutreten, und damit falle auch die Behandlung der Lohnfrage. Diese Erklärung hat unter den recht zahlreich anwesenden Arbeitervertretern einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Aus der Verhandlung ist nichts geworden. Der Syndikus der Industriellen hat die alten Baumeister glatt an die Wand gedrückt und gleichzeitig die Arbeiter des Baugewerbes stark provoziert. Die an diesen Verhandlungen beteiligten Kameraden haben als Gegenmaßnahme beschlossen, in einigen Zahlstellen Platzsperrn zu verhängen. Das ist geschehen. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hat darauf angeordnet, daß am 21. August in Königsberg und am 22. August in der Provinz alle Arbeiter des Baugewerbes ausgesperrt werden. Ueber den Umfang der Aussperrung liegen genaue Zahlen noch nicht vor. In Betracht kommen 49 Zahlstellen mit 2979 Mitgliedern.

Lohnverhandlungen für Groß-Hamburg und für Schleswig-Volstein. Am 22. August waren die Vertragskontrahenten zusammengesessen, um zu den Tarifverneuerungen Stellung zu nehmen. Eingang der Verhandlungen forderten die Vertreter der Arbeit einen Ausgleich für die im Monat August eingetretenen Steigerungen der Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise. Die Unternehmer gaben folgende Erklärung ab:

Nach eingehender Beratung des Antrages der Arbeitnehmerverbände auf sofortige Verhandlung über die weitere Lohnherabsetzung haben die beteiligten Arbeitgeberverbände in Ansehung des für den Monat August gefällten Schiedsspruches des Bezirkslohnamtes vom 31. Juli 1922 beschlossen: Sofortige Verhandlung über weitere Lohnherabsetzungen für einen Teil des Monats August nicht zu führen. Die Arbeitgeberverbände sind bereit, die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Ende August zu führenden Verhandlungen über die Septemberlöhne zu berücksichtigen.

Nachdem in längerer Aussprache die Arbeitervertreter die notwendige sofortige Erhöhung der Löhne nochmals gefordert hatten, wurde seitens der Unternehmer folgende Erklärung abgegeben:

Die Arbeitgeberverbände sind bereit, die durch den Spruch des Bezirkslohnamtes festgelegten Lohnzuschläge ab 24. August 1922 in Geltung zu bringen.

Am 28. August tritt das Bezirkslohnamt in Kiel zusammen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Altheide i. Schl. Am 12. August tagte unsere Monatsversammlung. Gauleiter Kamerad Schmidt, Breslau, gab uns Bericht über die letzten Lohnverhandlungen; für die Grafschaft Glatz finden sie jetzt in Breslau statt. Auch für die Glatzer Umgegend sei eine Erhöhung des Stundenlohnes von 8,50 M erreicht worden. Ferner sei der Reichstarifvertrag am 7. August von beiden Parteien, Unternehmern und Arbeitern im Baugewerbe, angenommen. Nun müsse es Pflicht jedes Kameraden sein, die darin enthaltenen Bestimmungen in den Zahlstellen, hauptsächlich die der Ferienfrage, mit durchzuführen. Unter „Verschiedenes“ wurden Zahlstellenangelegenheiten besprochen. Dem Gauleiter und den Kameraden aus der Provinz, die uns durch freiwillige Spenden unterstützten, als uns die Unternehmer in der Grafschaft Glatz an die Wand drücken wollten, sei unser Bruderdank ausgesprochen. Einigkeit macht stark. Das haben auch wir gesehen; denn auch unser Bruderverband, der Deutsche Bauarbeiterverband, kämpfte mit uns Schulter an Schulter denselben Kampf zu unserm Siege durch. Allen Kameraden, die uns bei der Aussperrung mit ihren Geldopfern so reichlich beigetragen, rufen wir zu: „Ihr habt mit uns gefühlt, Ihr habt ein Stück Sozialismus in die Wirklichkeit umgesetzt, und das soll ein Ansporn sein zu dem großen Menschheitsideale: Alle für einen, einer für alle!“

Altheideleben. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung wurde diesmal umstände halber um 8 Tage verschoben. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 2. Quartal. Der Sozialassenbestand betrug 22 794 M. Die Abrechnung loar von den Revisoren für richtig befunden. Der Vorsitzende gab dann bekannt, daß die am 1. August in Halle stattgefundenen Lohnverhandlungen an dem Starrsinn der Unternehmer gescheitert seien. Am 13. August tagte eine Gaukonferenz in Magdeburg; hier wurde eine Lohnherabsetzung von 20 M für die am 15. August stattfindenden Lohnverhandlungen gefordert. Die Unternehmer konnten diese minimale Forderung natürlich auch nicht anerkennen; es mußte erst wieder das Schiedsamt sprechen, das dann folgenden Schiedsspruch fällte: Vom 12. August an ist ein Lohnaufschlag von 13 M pro Stunde zu zahlen, vom 1. September bis zum 15. September ein solcher von 6 M pro Stunde. Die Verbindlichkeitsklärung wurde sofort von beiden Seiten abgegeben. Nachdem dann noch die Entschädigung für den Vorstand geregelt war, wurde die Versammlung geschlossen.

Briesen i. d. Mark. Unsere Zahlstelle wurde am 20. April 1920 als Hilfszahlstelle zu Fürstenwalde gegründet, und zwar von 10 Kameraden. Da sich nun innerhalb zweier Jahre unsere Mitgliederzahl auf 25 erhöht hat und das Zusammenarbeiten mit Fürstenwalde durch die Entfernung sehr erschwert wurde, erwachte in den Kameraden der Wunsch, hier eine selbständige Zahlstelle zu gründen. In der hierzu anberaumten Generalversammlung am 17. Juni 1922 wurde die Gründung einer eigenen Zahlstelle endgültig vom 1. Juli an beschlossen. Unsere regelmäßigen Mitglieder- versammlungen finden stets am Sonntag nach dem 15. jedes

Monats statt. Das Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht; die Namen der säumigen Mitglieder werden im „Zimmerer“ veröffentlicht.

Schemnitz. In der Mitgliederversammlung im „Kloster“ am 9. August wies Kamerad Mally darauf hin, daß im letzten Kampf neben andern Erfolgen, die erzielt wurden, es auch gelungen sei, in der Lehrlingsfrage Brezide zu schlagen. Wenn auch die erreichten Löhne nicht zufriedenstellend seien, so sei doch das Mitbestimmungsrecht bei ihrer Festsetzung erzwungen worden. Ebenfalls sei bei den letzten Kollierverhandlungen, wo die Zahlstelle mit vertreten war, ein voller Erfolg erzielt worden durch Festsetzung eines Zuschlages von 25 % auf den Gesellenlohn. Auch für die Zimmerer sei erforderlich, neue Verhandlungen anzubahnen, um die Erhöhung des Lohnes entsprechend der Teuerung zu verlangen. Im zweiten Punkt referierte Kamerad Schönfelder, Hamburg, über: „Wirtschaftsleben und Gewerkschaftskampf.“ Er führte ungefähr folgendes aus: Die kranke deutsche Wirtschaft werde nur künstlich am Leben erhalten durch das stete Sinken unserer Mark. Unsere Industrie könne auf dem Weltmarkt nur noch existieren auf der Grundlage niedrigerer Preise. Der Ruf nach Weltmarktpreisen sei immer mehr verstummt, je näher man diesem Ziele kam. Dadurch sei der Export zum Stillstand gekommen, Arbeitslosigkeit und Verringerung des Profits sei die Folge gewesen. Es sei also Tatsache, daß das Sinken der Mark uns vor der drohenden aber sicher kommenden Arbeitslosigkeit geschützt habe. Die bisheriger Auseinandersetzungen zwischen Unternehmer und Arbeitern seien Vorpostengefächte für kommende furchtbare Kämpfe, die uns nicht erspart würden. An der Hand statistischen Materials wies der Referent nach, wie falsch die Behauptung sei, daß die hohen Löhne das Bauen verteuerten. Wenn im Juni dieses Jahres die Löhne der Bauarbeiter gegenüber 1914 um das 85- bis 42fache gestiegen seien, so stehe dem eine Steigerung der Baumaterialpreise um das 66- bis 120fache gegenüber. Gleichfalls sei eine andauernde Steigerung der Sachwerte zu verzeichnen, weshalb auch die besitzende Klasse dazu übergehe, ihre Gelder in Sachwerten anzulegen. Wenn wir bei unseren Lohnforderungen immer den Stand von 1914 zugrunde legen, so sei das große Bescheidenheit, weil auch damals unsere Existenz bei weitem nicht gesichert war. Aber es sei den Gewerkschaften vor dem Kriege möglich gewesen, die Lebenshaltung der Arbeiter von Jahr zu Jahr etwas zu heben. Um die großen Massen der Kleinbürger und kleinen ländlichen Besitzer von der Verteuerung der Vermögen und der Sachwerte zu überzeugen, werde noch viel Aufklärungsarbeit notwendig sein. Nach dem Stande der ökonomischen Entwicklung und unserer Macht sei die Umwälzung zu früh und zu unvorberetet über uns gekommen. Die Sozialisierung sei keine nationale, sondern eine internationale Frage. Er habe die Überzeugung, wenn einmal die bestehende Wirtschaft zusammenbräche, werde die Arbeiterschaft sich am Wiederaufbau beteiligen und verhindern, daß sich der Kapitalismus in schrankenloser Freiheit auslebe. Die Schaffung der sozialen Baubetriebe sei ein Sozialisierungsexperiment, das wichtige Vorarbeit für den Sozialismus leisten könne. Als Gewerkschaft aber hätten wir zurzeit notwendiger Aufgaben, als uns nach den Anforderungen der sozialen Baubetriebe umzustellen. Nur endgültigen Niederrückgang des Kapitalismus mühten die Gewerkschaften Hand in Hand mit den Parteien arbeiten. Wenn auch die Wirtschaftskrise auf der ganzen Welt sich bemerkbar mache, so sei doch scheinbar der Kapitalismus in Deutschland wie auch in andern Ländern erstarkt aus dem Weltkrieg hervorgegangen. Wie in Schweden die Hördlöhne unserer Kameraden allein in diesem Jahre um 83% % herabgesetzt wurden, so habe man auch in verschiedenen andern Ländern Lohnabbau zu verzeichnen. Wenn wir in Zukunft allen neuen wirtschaftlichen Anforderungen gewachsen sein wollten, mühten sich die Gewerkschaften zu einem Einheitsbund zusammenschließen. Das hindere natürlich die einzelnen Organisationen nicht, ihre speziellen Berufsinteressen zu vertreten. Nur nach gemeinschaftlichem, zähem Kampfe werde es uns vergönnt sein, eine bessere Wirtschaftsordnung zu erringen. Wenn auch die politischen Anschauungen vielfach auseinandergingen, so dürfe das nicht zur Zersplitterung unserer Organisation führen. Für dieses Ziel wolle er als Verbandsvorsitzender seine ganze Kraft einsetzen. Redner erzielte reichen Beifall. In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern auf den Lauf der Entwicklung seit dem Kriege hingewiesen: Trotzdem bei jeder kraftvollen Bewegung der Arbeiterschaft die Bourgeoisie sich angibt, verstockt, schmachtet und viele hundert unserer besten Kräfte hinter Kerkermauern, während die Kappstreikfreier umherlaufen, was zu dem Schluß führen müsse, daß von seiten unserer Führer nicht alles getan werde, was notwendig sei. Wenn der ADGB die großen Massen einmal zum Kampfe aufreufen würde, würden sie restlos diesem Rufe folgen. Hierauf hielt der Referent noch ein eingehendes Schlusswort.

Döbeln i. Sa. Am 15. August hielt die Zahlstelle ihre Mitgliederversammlung im Restaurant „Zur grünen Laube“ ab. Der Vorsitzende, Kamerad Naumann, gab die Namen der abgereisten Kameraden und neu eingetretenen Lehrlinge bekannt. Dann verlas der Kassierer, Kamerad Bresch, die Abrechnung vom zweiten Quartal; selbige wurde für richtig befunden, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Hierauf verlas der Vorsitzende ein Schreiben vom Gauleiter, Kameraden Bauer; letzterer bat die Zahlstelle, einen bis zwei Vertreter der Zahlstelle zu stellen, für die am Donnerstag, 17. August, stattfindenden Lohnverhandlungen mit den Unternehmern, im Restaurant „Zum Forsthaus“ in Döbeln. Die Wahl fiel auf die Kameraden Bresch und Eichelmann. Dann streifte Kamerad Fall in kurzen Zügen den Bericht von der letzten Kartellitzung. Unter anderm war die Arbeiter-Samaritaner-Kolonie mit der Bitte um eine kleine Spende an die Zahlstelle herangetreten zwecks Anschaffung einer fahrbaren Krankenbahre. Es wurden hierfür 800 M bewilligt. Dann wurde noch eine Entschädigung von 30 M pro Mann für Vorstands- und Kartellitzungen festgesetzt.

Gelsenkirchen. In unserer Mitgliederversammlung am 5. August wurde zunächst unserm Vorsitzenden, der die Vertrauensfrage gestellt hatte, einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Sodann erstattete der Kassierer den Rassenbericht vom zweiten Quartal. Es ist ein Ueberschuß von 20 000 M

zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl hat sich leider um 3 verringert, da diese Mitglieder wegen Schulden gestrichen werden mußten. Ein Kamerad sprach gegen die Summe von 850 M, die die Zahlstelle für die ausgesperrten Metallarbeiter in Süddeutschland an die Zentralkasse abführen mußte, da der Deutsche Metallarbeiterverband den Werkbaufacharbeitern in ihrem Kampfe die Unterstützung verweigert habe. Der Kampf, der am 1. Juni begann und nach 8 Tagen beendet werden mußte infolge eines in Dortmund gefällten Schiedsspruches sei durch die auf einzelnen Werken arbeitenden Streikbrecher äußerst erschwert worden. Diese waren im Deutschen Bauarbeiterverband organisiert. Trotzdem diese Elemente laut Freisprechungen aus dem Deutschen Bauarbeiterverband ausgeschlossen worden sind, haben sie Aufnahme im Deutschen Metallarbeiterverband gefunden. Während des Streiks ist der Achtstundentag von diesen Leuten bis zur sechseinstündigen Arbeitszeit verlängert worden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf wurde beschlossen, die Entschädigung der Vorstandsmitglieder um 100 % zu erhöhen, mit inbegriffen ist darin die Entschädigung für auswärtige Versammlungen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß Kameraden, die bereits dem Verbände angehört, bei ihrer Wiederaufnahme 150 M zu zahlen haben. Ein weiterer Antrag, daß die Werkzimmerer, die im Kampfe gestanden haben, eine lokale Unterstützung von 30 M pro Tag und der Streikleiter 50 M pro Tag erhalten, fand gleichfalls Annahme.

Königsberg i. Pr. Am 18. Juli fand eine Mitgliederversammlung statt. Der Angestellte gab Bericht über den Abschluß des neuen Reichstarifvertrages. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner gegen den neuen Vertrag aus. Folgende Resolution fand Annahme: „Die Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Königsberg, hat Kenntnis genommen von der Aenderung und Annahme des Reichstarifvertrages in seiner jetzigen Form. Sie stellt fest, daß die Aenderungen so minimal sind, daß dem alten Vertrag gegenüber ein Vorteil für uns nicht zu erblicken ist. Aus dieser Erkenntnis heraus beharrt die Zahlstelle Königsberg die Annahme des Reichstarifvertrages durch den Hauptvorstand.“ Hierauf wurden dem Zentralverband der Glaser, dessen Mitglieder sich bereits 14 Wochen in der Aussperrung befinden, 1500 M aus der Lokalkasse bewilligt. Als Entschädigung für Hilfskassierer schlug der Vorstand 50 und 60 M pro Woche vor. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Zur Unterstützung der süddeutschen Metallarbeiter wurde beschlossen, daß in der 29. Beitragswoche eine Extramarke von 5 M zu entnehmen ist. Der Angestellte gab noch bekannt, daß der Schiedsspruch vom 4. Juli uns eine vierundzwanzigprozentige Erhöhung der Zuschläge gebracht hat.

— Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte am 4. August; sie nahm Stellung zur Lohnausgleichsverhandlung am 1. August und deren Ergebnis. Der Vorsitzende erstattete Bericht. Die Verhandlung sei ergebnislos verlaufen. Am gleichen Tage habe das Lohnamt getagt und einen Schiedsspruch gefällt, der eine Lohnhöhung von 20 %, für sämtliche Zuschläge 20 % und außerdem die Erhöhung der Werkzeugzulage von 40 auf 80 M brachte, wodurch sich der Gesamtlohn einschließlich der Werkzeugzulage auf 37,81 M erhöhte. Die Diskussionsredner waren im allgemeinen mit dem Ergebnis einverstanden. Dem Schiedsspruch wurde hierauf mit geringer Mehrheit zugestimmt in der Hoffnung, daß bis 15. August der neue Ortstarif abgeschlossen ist. Ferner stimmte die Versammlung einer Resolution zu, der Vertreter des Zentralverbandes beim ADGB, solle dahin wirken, daß der ADGB Schritte unternimmt, die Löhne der arbeitenden Massen den Lebensmittelpreisen anzupassen.

— In der Mitgliederversammlung am 9. August gab zunächst der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt. Die Lokalkasse wies am Schlusse des Quartals einen Bestand von 71 000 M auf. Auf Antrag der Revisoren erteilte die Versammlung dem Kassierer Entlastung. Sodann teilte der Vorsitzende mit, daß der neue Reichstarifvertrag von Unternehmern und Arbeitern angenommen sei. Die anlässlich der örtlichen Verhandlungen gestellten Anträge wurden fast alle einstimmig angenommen. Antrag 1 verlangt die Bezahlung familiärer gesetzlicher Feiertage, die auf einen Werktag fallen, Antrag 2 für die Lehrlinge dieselben Zuschläge wie für Gesellen. Antrag 3: Im neuen Bezirkstarifvertrag muß enthalten sein, daß an den Tagen vor den hohen Festen, mittags 1 Uhr Feierabend zu machen und Bezahlung für den vollen Tag zu gewähren ist. Antrag 4: In den Ortstarif ist aufzunehmen, daß die Arbeiter berechtigt sind, gewerkschaftliche Aufrufe oder Bekanntmachungen an der Baubude auszuhängen. Im weiteren wurde die Aufstellung der Lohnforderungen der Lohnkommission überlassen, ebenfalls die endgültige Formulierung des Tarifs. Sodann wurden dem Arbeiterbildungsartell 500 M aus der Lokalkasse bewilligt. Gegen 3 Stimmen wurde beschlossen, über die Firma Wolf & Döring die Sperre zu verhängen, dagegen wurde die Abstimmung über die Firma Beton- und Monierbau noch zurückgestellt.

Merseburg. Am 16. August besaßen sich im überfüllten Saale der „Sunkenburg“ die Zimmerer und Einschaler mit dem Ergebnis der Lohnverhandlungen in Halle am 15. August. Die Kameraden Gramann und Hesselbarth berichteten über ihren Verlauf und unterstrichen ganz besonders, daß es nur mit schwerer Mühe durch das Bezirkslohnamt gelungen sei, die Unternehmer zu bewegen, einen Schiedsspruch anzuerkennen. Besonders durch das Geschick des unparteiischen Vorsitzenden, Herrn Stadtrat Belthufen, sei erreicht, daß sich im Lohnamt eine Mehrheit fand für folgenden Schiedsspruch: Die festgesetzten Löhne vom 12. Juli 1922 erhöhen sich für Facharbeiter vom 12. August bis 31. August um 13 M; vom 1. bis 15. September um 19 M. Für Bauhilfsarbeiter ist der Stundenlohn 1,50 M, für die übrigen ungelerten Arbeiter im Baugewerbe 3 M geringer als der für Facharbeiter. Bezüglich der Werkzeugzulage soll eine Festsetzung durch das Bezirkslohnamt erfolgen, wenn bis zur nächsten Tagung die Tarifparteien nicht selbst eine Regelung vorgenommen haben. Die Debatte darüber ergab ein Einverständnis mit dem Vorschlage der Verbandsleitung, dem Schiedsspruch zuzustimmen, obgleich bei der rapiden Steigerung in den letzten Wochen diese Erhöhung keineswegs befriedigen kann. Gegen wenige

Stimmen wurde der Schiedsspruch angenommen. Ueber die Regelung der außerhalb der Verhandlung gebliebenen sogenannten Unterfragen soll eine neue Verhandlung in Halle stattfinden. Es betrifft die Zuschläge für Ueberstunden, für Nacht- und Sonntagsarbeit, für Wasser- und Karbolinumarbeit, Höhenzulage, Anstellung und Begebergütung, ferner die Regelung der Lehrlingslöhne und die Ferienfrage, die unbedingt einer Regelung bedürfen. Dann wurde nach kurzem Wortwort des Kameraden Gramann folgende Entschädigung einstimmig angenommen: „Die am 16. August 1922 abgehaltene Versammlung der Zimmerer bringt folgendes zum Ausdruck: Das Verhalten und die Ausführungen der Unternehmer bei den Lohnverhandlungen in Halle am 15. August haben zur Genüge bewiesen, daß sie nicht willens waren, durch eine Verständigung mit den Arbeiterverbänden ein Lohnabkommen zu treffen. Deshalb mußte das Bezirkslohnamt in Tätigkeit treten. Dieses hat einen Schiedsspruch gefällt, wonach eine Erhöhung der Stundenlöhne festgelegt ist. Die Versammlung stimmte dem Schiedsspruch zu, trotzdem ihre gestellte Forderung von 20 M nicht erreicht worden ist. Bei der auch in Zukunft zu erwartenden rapiden Steigerung aller Preise sehen sich die versammelten Zimmerer genötigt, zu erklären, daß sie ungeachtet der im Schiedsspruch angegebenen Zeitdauer vorher mit neuen Forderungen an ihre Arbeitgeber herantreten werden. Des weiteren protestieren die Versammelten mit aller Schärfe gegen die stetig zunehmende Aussperrung und Verelendung der Arbeiterklasse und fordern energisch von der Reichsregierung, diesen Preistreibern des gewinnstüchtigen Handelskapitals Einhalt zu gebieten. Sie verlangen Kontrollausschüsse aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft in den Handelsbörsen, um den Wucher mit den Lebensmitteln endlich zu unterbinden.“ Damit hatte die imposante Versammlung ihr Ende erreicht mit den Worten des Vorsitzenden, jederzeit so fest und geschlossen zusammenzuhalten, damit den Machtgelüsten des Unternehmertums ein Paroli geboten ist.

München. Am 7. August fand im „Kloster“ unsere Quartalsversammlung statt; sie befaßte sich eingangs mit dem Delegiertenystem, das zurzeit viel zu wünschig übrig läßt. Die Lehrlingsfrage bewegt sich ebenfalls in dem gleichen Rahmen. Es muß versucht werden, die neu aufzubringenden Lehrlinge restlos der Organisation zuzuführen. In der letzten Lehrlingsversammlung ist eine Jugendgruppe gegründet worden. Den Quartalsbericht gab Kamerad Eichinger. Daraus ging hervor, daß der Lokalkassenbestand sich im letzten Quartal bedeutend erhöht hat. Auch bei der Mitgliederzahl ist ein Zuwachs zu verzeichnen, besonders bei den Lehrlingen. An Solidaritätsbeiträgen für die Metallarbeiter wurden 52 970 M abgeliefert. Hierauf wurde über die Unterhandlungen am 8. August berichtet; diese brachten eine Lohnhöhung um 8 M vom 1. August und weitere 3 M vom 14. August. Dem Ergebnis wurde mit geringer Mehrheit zugestimmt. Die Wochenbeiträge wurden dem Stundenlohn angepaßt, und zwar sind von der 32. bis 34. Beitragswoche je 10 M Lokalkassebeitrag zu fleben. Vom September an wird der Beitrag in der 18. Beitragswoche erhoben. Ferner wurde beschlossen, aus der Lokalkasse bis 4. Dezember einen Zuschuß von 100 % auf Krankenunterstützung zu gewähren sowie die 12 Tage lokale Unterstützung in gleicher Höhe aufrechtzuerhalten. Eine lebhaft ausgeführte Aussprache entspann sich über das wilde Umschauen nach Arbeit sowie über das Halten bürgerlicher Zeitungen.

Neustettin. Am 13. August fand eine Lehrlingsversammlung statt. Vom Vorsitzenden wurde den jungen Kameraden vor Augen geführt, wie notwendig es ist, dem Verbandszugehörigen und welche Rechte und Pflichten damit verbunden sind. Ferner wurden die Mitglieder ermahnt, dem Verbandszugehörigen treu zu bleiben, selbst wenn die Unternehmer mit Entlassung drohen. Entlassung wegen Zugehörigkeit zur Organisation sei unzulässig, da jedem Deutschen nach § 159 der Reichsverfassung die Vereinigungsfreiheit gesichert sei.

— Hieran anschließend tagte die Mitgliederversammlung. Mit großer Entrüstung wurde entgegengekommen, was die Unternehmer uns an Teuerungszuschüssen zugesprochen haben. Die Kameraden sahen den erreichten Mehrlohn nicht als der Teuerung entsprechend an. Ueber die Auslösung soll örtlich verhandelt werden. Hierauf wurde vom Kameraden Dümer der Kartellbericht gegeben. Der Beitrag an das Kartell müsse erhöht werden. Dem Verlangen wurde zugestimmt. Ferner solle zum Bau eines Gewerkschaftshauses jedes Mitglied vorläufig 100 M geben. Diese Angelegenheit wurde verlagert und beschlossen, eine Vollversammlung einzuberufen. Sodann wurde die Erhöhung der Beiträge besprochen und beschlossen. Unter „Verständigen“ stellte Kamerad Mausolf den Antrag, der „Freien Turnerschaft“ zur Deckung der angeschafften Geräte im Werte von 17 000 M einen einmaligen Beitrag aus der Lokalkasse von 500 M zu bewilligen. Nach kurzer Aussprache wurde dem Antrag zugestimmt.

Offenburg. Am 6. August fand im „Kaiser“ unsere außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Besuch war mäßig. Der Vorsitzende gab kurz Bericht über die Tätigkeit im letzten Quartal. Anschließend erstattete der Kassierer, Kamerad Wenger, den Rassenbericht. Es wurde beschlossen, aus der Lokalkasse der Genossenschaft „Gewerkschaftshaus“ 1000 M als Darlehen zu überweisen. Ferner wurde beantragt, in jeder Versammlung die namentlichen An- und Abmeldungen bekanntzugeben, damit jedes Mitglied über den Stand der Zahlstelle informiert sei. Der Vorsitzende bedauerte, daß im Laufe des zweiten Quartals 3 Mitglieder zu dem christlichen Bauarbeiterverband übertraten. Nur angeblich wegen ihrer „Religion“ verließen sie die allein zuständige Organisation und schlossen sich dem billigeren Verband an. Von allen Kameraden wurde dieses Verhalten gemißbilligt und der Wunsch geäußert, daß jeder treu zum Verbandszugehörigen bleibe. Besonders kernige Worte fand Kamerad Kempf; er forderte alle Kameraden auf, sich nicht verwirren zu lassen, sondern fest zusammenzustehen, dann könnten die Stürme kommen, woher sie wollten, wir würden ihnen trotzen. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten ermahnte am Schluß der Vorsitzende alle Kameraden, dafür einzutreten, daß jeder freigezwecklich organisierte Zimmerer sich der Genossenschaft „Gewerk-

schäftsbaus" anschließt; denn die Wichtigkeit dieses Unternehmens erfordere Unterstützung durch unsere Mitglieder. Wünschenswert sei die Entnahme von einem oder mehreren Stammanteilen. Hierauf erfolgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

Sohland. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung fand am 5. August statt. Auf der Tagesordnung stand: Neuwahl des Vorsitzenden. Innerhalb dreier Wochen stand dieser Punkt bereits das zweite Mal auf der Tagesordnung. Durch Vorwissen in der Zahlstelle hatte der bisherige Vorsitzende, Kamerad Bach, sein Amt mit der Begründung niedergelegt, die Beschlüsse der Versammlungen würden nicht durchgeführt. Ein Kamerad hatte sich dann zur Übernahme des Vorsitzendenpostens bereit erklärt mit der Zusage, daß er mit Unterstützung des alten Vorsitzenden versuchen werde, das Amt zur Zufriedenheit der Mitglieder zu führen. Doch das währte nicht lange. Angesichts der schwachbesuchten Versammlung erhob der zweite Vorsitzende gegen eine Neuwahl Einspruch. Aus der Versammlung heraus wurde jedoch auf die Zulässigkeit der Wahl hingewiesen. Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Alle Kameraden, die als Vorsitzender vorgeschlagen wurden, lehnten den Posten ab. Da die Versammlung ihrem Ziele nicht näher kam, wurde ein Antrag angenommen, zur Klärung der Angelegenheit den Gauleiter zu ersuchen, an einer weiteren Versammlung teilzunehmen.

Triebe. Am 8. August fand im Schneiderschen Lokal unsere Monatsversammlung statt. Erschienen waren 13 Kameraden und 3 Lehrlinge. Zunächst wurden zur Ausarbeitung eines neuen Tarifs 4 Kameraden gewählt. Hierauf erstattete der Kassierer Bericht über das zweite Quartal. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Einhaltung der alten Tarifvertragsbestimmungen läßt bei den Unternehmern viel zu wünschen übrig, hauptsächlich in der Zahlung des Lohnes bei Junggefellern und Lehrlingen. Dies wurde in der Aussprache festgesetzt.

Ulm (Bezirk Ehingen). Am 1. August fand in dem Lokal „Zum Blumenschein“ eine Zimmerer- und Bauarbeiterversammlung statt. Erschienen waren fast sämtliche Kameraden, bis auf einige, die es trotz wiederholter Aufforderung nicht fertigbrachten, im Jahre auch nur einmal in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorsitzende der Zahlstelle Ulm, unser Kamerad Groß, sprach über Lohnbewegung und Lohnverhandlungen in Württemberg. Ehe der Redner auf das eigentliche Thema einging, gedachte er unseres verstorbenen Kameraden, des Gauleiters Leuger. Redner schilderte die guten Eigenschaften und Verdienste des Verstorbenen und widmete ihm einen warmen Nachruf. Sodann erörterte er ausführlich den Gang der Lohnverhandlungen. Daran schloß sich eine lebhafte Aussprache. Hierauf wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

Gewerbegerichtliches.

Für unbegründetes Anssehen ist der Lohn zu zahlen. So entschied das Gewerbegericht in Hamburg in einer Klage einer Anzahl Zimmerer gegen die Firma H. L. Mahr in Hamburg. Die Klage war angestrengt worden, weil die Zimmerer gegen ihren Willen auf Anordnung der Geschäftsleitung in der Zeit vom 3. bis 6. Dezember 1921 aussetzen mußten, da es nach Ansicht der Geschäftsleitung zum Arbeiten zu kalt war. Die beklagte Firma war bereits am 10. April zur Zahlung eines Lohnes von 2 Stunden pro Tag der Feiertage an die Kläger verurteilt worden; sie ist diesem Urteil auch nachgekommen. In Berücksichtigung dessen sah das Gericht den Klageanspruch hierfür als erledigt an.

In der neuerlichen Verhandlung wurde die Beklagte verurteilt, an jeden der Kläger den Betrag von 196,50 M zu zahlen und ebenfalls zur Tragung der Kosten. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Aussetzung der Arbeit in der fraglichen Zeit von der Geschäftsleitung der Beklagten angeordnet worden war, trotzdem sich sämtliche Kläger ausdrücklich zur Arbeit bereit erklärt hatten. Der als Zeuge vernommene Polier bestätigte ausdrücklich, daß er selbst schon bei mehr als 9 Grad Kälte Außenarbeiten gemacht habe und habe machen lassen. Auch sind die Zimmerer in der Zeit vom 3. bis 6. Dezember nicht von den Maurerarbeiten abhängig gewesen. Das Gericht sagt hierauf in den Entscheidungsgründen: „Aus alledem ergibt sich, daß die Arbeit der Kläger keineswegs, wie die Beklagte auszuführen unternimmt, wegen der Witterungsverhältnisse und der Abhängigkeit der Zimmerer von den Maurerarbeiten unmöglich gewesen ist. Die Beklagte hat vielmehr die Arbeitsleistung der zur Arbeit bereitsten Kläger zurückgewiesen und ist damit in Annahmeverzug geraten. Die Folge dieses Annahmeverzuges ergibt sich aus § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Beklagte ist für die Zeit, innerhalb der sie sich im Annahmeverzug befunden hat, zur Bewirkung der Gegenleistung, nämlich zur Entrichtung des Lohnes, verpflichtet. Da die Beklagte bereits einen Teil der Klageansprüche in Höhe von je 78,00 M befriedigt hat, so ist sie noch zur Zahlung von von dreimal 5 Stundenlöhnen mit 196,50 M an jeden der Kläger zu verurteilen.“

Baugewerbliches.

Afford- und Prämien-system als Kampfmittel gegen die Sozialisierungsbewegungen im Baugewerbe. In einer Besprechung zwischen Vertretern der Industrie und des Baugewerbes in Niederschlesien am 1. Juli sind Richtlinien für ein Programm entworfen worden, das der gemeinsamen Bekämpfung der Sozialisierungsbewegungen im Baugewerbe dienen soll. Ein Rundschreiben des Niederschlesischen Industriellenverbandes an seine Mitgliedsfirmen vom 15. Juli, das uns zufällig auf den Tisch geflogen kam, gibt darüber näheren Aufschluß. Es berichtet eingehend von der erwähnten Besprechung, die von den Industriellen veranlaßt war, wegen der Sozialisierungsbewegungen sowohl als auch wegen der Regiebauten in der Industrie. Zunächst brachten die Vertreter der Industrie ihre

Klagen gegen das Baugewerbe vor. Das Baugewerbe sei außerstande, die von ihm verlangten Arbeiten zu leisten; es treibe die Löhne in die Höhe, arbeite unwirtschaftlich, der Zeitlohn führe zu einer lässigen Arbeit usw. Die Vertreter des Baugewerbes machten zu ihrer Entlastung auf den Facharbeitermangel aufmerksam; ein Teil Bauarbeiter gehe in die sozialen Baubetriebe, weil er dort an Hand eines Prämien-systems höhere Löhne erziele. Ein anderer Teil werde von der Industrie wegengagiert. Die Industrie habe das Baugewerbe bei Streiks nicht genügend unterstützt; sie solle ihre Scharwerkerkolonnen aufgeben und so dem Baugewerbe Facharbeiter zuführen, dadurch würden sich auch die Regiebauten der Industrie auf eine normale Basis herabdrücken. Eine Beseitigung des Zeitlohnes im Baugewerbe sei unter den jetzigen Verhältnissen bei der Knappheit der Arbeiter, schwierig. Das Baugewerbe werde jedoch alles versuchen, um Prämien- und eventuell Affordsystem einzuführen, damit es den Ansprüchen der Industrie genügen könne. Die verminderte Leistungsfähigkeit sei durch die Knappheit der Baustoffe verschuldet, deshalb dürfe die Baustoffindustrie die sozialen Betriebe nicht mehr beliefern. Als das Ergebnis der Besprechung stellte der Vorsitzende, Fabrikdirektor und Landtagsabgeordneter Schmidt, folgende Beschlüsse fest:

1. Die Industrie erklärt sich bereit, den sozialisierten Baubetrieben keine Unterstützung zuteil werden zu lassen. Die erforderlichen Direktiven werden durch die Vereinigung Niederschlesischer Arbeitgeberverbände und den Bund Niederschlesischer Industrieller gegeben werden. Die Landwirtschaft soll um gleiches Vorgehen gebeten werden.
2. An die Baustoff erzeugende Industrie wird die Aufforderung ergehen, Bauhütten nicht zu unterstützen.
3. Das Baugewerbe wird erstreben, das Prämien- und Affordsystem für seine Arbeiter einzuführen. Die Industrie hält es für erforderlich, daß das Baugewerbe endgültig zur Einführung der Affordarbeit schreitet, um ein wirtschaftliches Arbeiten zu ermöglichen und die Wettbewerbsfähigkeit mit den sozialisierten Baubetrieben zu sichern.
4. Zusammenarbeit zwischen Industrie und Baugewerbe bei Festlegung von Lohnverträgen ist dringend erforderlich.
5. Die Industrie ist bereit, ihre Scharwerkerkolonnen zu verringern unter der Voraussetzung, daß das Baugewerbe in der Lage ist, wichtige Arbeiten mit der erforderlichen Schnelligkeit auszuführen. Eine völlige Auflösung der Scharwerkerkolonnen ist bei größeren Werken nicht möglich, da die Industrie von einer bestimmten Größe des Wertes an geradezu gezwungen ist, Scharwerkerkolonnen im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebes in kleinem Umfange zu beschäftigen.
6. Die Gründung des Baubundes in Waldenburg zur wirtschaftlichen Kräftigung des Baugewerbes wird als wichtiger Faktor zur Befundung desselben angesehen. Der Beitritt ist dringend zu empfehlen. Desgleichen hält die Industrie eine gewisse Konzentration des Baugewerbes im Sinne einer vertikalen Gliederung (Verbindung mit den Baustoff erzeugenden Industrien) für zweckmäßig.

Die Vereinigung Niederschlesischer Arbeitgeberverbände und der Bund Niederschlesischer Industrieller werden beauftragt, ihren Zentralstellen über die gefassten Beschlüsse Mitteilung zu machen. Damit die Besprechungen auch in Zukunft zu weiteren positiven Ergebnissen führen, wird eine Kommission, bestehend aus folgenden Herren gewählt:

- I n d u s t r i e:** Direktor Schmidt, Hirschberg, Direktor Plaud, Hirschberg, Fabrikbesitzer Pascholl, Schmiedeberg.
B a u g e w e r b e: Baumeister Rämpfer, Görlitz, Baumeister Hüblich, Schmiedeberg, Geschäftsführer Nikisch, Waldenburg.

Diese Kommission erhielt den Auftrag, möglichst bald zusammenzutreten und weitere Richtlinien über die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Baugewerbe festzusetzen.

Wir geben unsern Lesern von diesen Beschlüssen Kenntnis. Sie sind natürlich leichter gesagt als ausgeführt; denn bei der Ausführung reden ja auch die Arbeiter ein gewichtiges Wort mit. Auf jeden Fall aber haben sie alle Ursache, die Augen offen zu halten, damit ihnen nichts entgeht, was im Lager der Unternehmer zur Bekämpfung der Arbeiterchaft und ihrer Bestrebungen ausgeheckt wird.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 4. September:
Duisburg-Homburg-Mörs: Nachm. 5 Uhr im „Schützenhof“ zu Homburg.

Dienstag, den 5. September:
Bitterfeld: Nachm. 4½ Uhr im „Gesellschaftshaus“.
Duisburg: Abends 7 Uhr bei Wente, Klosterstraße.
Düsseldorf: Abends 7 Uhr bei S. Windhoff, Hafensstr. 9.
Flensburg: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Grünberg: Im „Schleffschen Hof“.
Halberstadt: Abends 7 Uhr im „Goldenen Anker“, Kornstraße.
Altenau: **Ikehoe:** In der Herberge, Am Markt.
Zangenfalta: Abends 5 Uhr im „Unteren Felsenkeller“.
Sommersfeld: Gleich nach Feierabend bei Martin, Burgstraße.
Spremberg: Bei Lämmel, Postenstr. 14.
Wilster: Abends 7½ Uhr bei S. Feldmann, Deichstraße.

Mittwoch, den 6. September:
Ascherleben: Bei Albert Fricke, Gasthaus „Zum Adler“, Hinter dem Zoll 1.
Duisburg-Ruhrort-Weiden: Abends 7 Uhr bei Westfall, Kaiserstraße.
Giesleben: Gleich nach Feierabend im „Volkshaus“.
Frankfurt a. d. O.: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Guben: Abends 6 Uhr in der „Reichshalle“.
Remwid: Abends 7 Uhr im Lokale von Witz, Marktstraße.
Nordhorn i. Hann.: In der Wirtschaft Westenberg.
Rosslau: Nach Feierabend in der „Goldenen Krone“.

Donnerstag, den 7. September:
Neumünster: Abends 7 Uhr bei Blohm, Alsterstraße 25.
Neuwied, Bezirk Hönningen: Nach Feierabend bei Witwe Jakob Schiffermann, Hönninger Hauptstraße.

Freitag, den 8. September:
Eisenberg: Nachm. 5 Uhr bei Wächner.
Lahn i. Schl.: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Schrammel.

Radolfzell: Abends 8 Uhr im „Krokolbil“.
Velten: Abends 8 Uhr bei A. Paris.
Wittenberge: Abends 7 Uhr bei Gastwirt Möllmann, Friedrichstr. 9.

Sonnabend, den 9. September:

Dölich: Abends 7 Uhr im Gasthof von Martin Leh.
Leer i. Ostf.: Abends 7½ Uhr bei R. Fischer, Wörde.
Lützen: **Schwerin:** Abends 7½ Uhr bei Sloman, Großer Moor.
Strehlen: Nach Feierabend bei Gastwirt Friedemann.
Tangermünde: Abends 8 Uhr im „Kaiserhof“.
Trier: Abends 6½ Uhr „Zu den zwei Löwen“, Jüdemer Straße.
Waren: Abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“.

Sonntag, den 10. September:

Cammer: Nachmittags 3 Uhr bei Gastwirt Bloch.
Düren, Bez. Jülich: Nachm. 2 Uhr im Lokal von Hardy.
Elbershausen: Nachm. 3 Uhr im „Jägerkrug“, bei August Reune.
Gelsenkirchen, Bezirk Wattenscheid: Vorm. 10 Uhr bei Gruza, Ecke Elisabeth- und Johannesstraße.
Hamm: Vorm. 9½ Uhr bei Braun, Feidichstr. 81, Gewerkschaftshaus.
Köln, Bezirk Mülheim: Vorm. 10 Uhr bei Meier, Deub, Mülheimerstr.
Schöningen: Bei Schröder.

Dienstag, den 12. September:

Kiel: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 15. August starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kamerad **Michael Vogel** im Alter von 49 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle **Wamberg**.

Nachruf.

Am 11. August starb nach langem, schwerem Leiden unser Kamerad **Fritz Kirsch** im blühenden Alter von 18 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle **Kallberge**.

Nachruf.

Am 22. August starb nach kurzer, schwerer, infolge einer Verletzung zugezogener Krankheit, unser Schriftführer, der Kamerad **Emil Affeldt**, im Alter von 29 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle **Pr.-Friedland**.

Nachruf.

Am 18. August starb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kamerad **Friedrich Kaufmann**.
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Kameraden der Zahlstelle **Möllu i. Bg.**

Zahlstelle Darmstadt und Umgebung.

Bezirkt Darmstadt.
Sonntag, den 3. September, vormittags pünktlich 9½ Uhr: **Versammlung** im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19.

Montag, den 4. September, nachmittags 4½ Uhr: **Sitzung** der Vertrauens- und Betriebsobleute im Gewerkschaftshaus. — Beide Tagesordnungen sind äußerst wichtig. Es darf niemand fehlen. **Der Vorstand.**

Zahlstelle Essen a. d. Ruhr.

Am **10. September 1922,** im Restaurant J. Bruner, Hobeisenstr. 54: **Achtunddreißigstes** Stiftungsfest. Anfang 4 Uhr nachmittags. Konzert mit nachfolgendem Ball, Preisregeln usw. Sämtliche Mitglieder der Zahlstelle mit ihren Angehörigen sind herzlich eingeladen. Auswärtige Freunde treffen rechtzeitig ein. Programme sind von den Bezirkskassierern zu haben. **Das Festkomitee.**

Zahlstelle Dresden u. Umg.

Einladung zu dem am **Freitag, 22. September,** im „Kristallpalast“, Schäferstr. 45, stattfindenden **30. Stiftungsfest.** Darbietungen: Künstlerische Musik- und Gesangsvorträge, Prolog, Festrrede und Ball. — Saaleinlaß 6½ Uhr, Beginn Punkt 7½ Uhr, Ende 1 Uhr. — Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet ein **Der Festausschuß.**

Zimmerleute sofort für größere Arbeiten gesucht.

Adolph Eggert, Wismar, Turnerweg 11.

10 Zimmergesellen stellt bei Landarbeit sof. ein

B. Awolin, Zimmermeister, Teterow i. Mecklenburg.

Zimmerleute für Eisenbetonarbeiten nach Dresden-Reid gesucht.

Georg Böcher wird ersucht, seine Adresse umgehend zu senden an **Josef Ennenweger, Bauführer, Pöcking, Post Pöing.**